

Großröhrsdorf lehnt Müllheizwerk in Leppersdorf erneut ab*Von Reiner Hanke*

Der Bebauungsplan fiel im Stadtrat zum zweiten Mal durch.

Tumult in Großröhrsdorfer Stadtratssitzungen gibt es eher selten. Und Publikum auf dem Gästebalkon macht sich auch eher rar. Montagabend war alles anders. Schließlich ging es um den Bebauungsplan für das geplante Heizkraftwerk bei Müllermilch in Leppersdorf. Rund 20 Bürger schauten nicht nur erwartungsvoll auf die Räte im Saal herab, sondern sagten bereits in der Fragestunde deutlich, was ihnen auf der Seele brennt. Es ist das, was die Großmolkerei künftig in ihrem Heizwerk verbrennen will. Die Planer nennen es Ersatzbrennstoffe, die Gegner der Anlage Müll. Sie gaben ihrem Unmut über das Projekt vor den Stadträten Ausdruck und forderten sie auf, über eine ablehnende Stellungnahme hinaus, noch mehr zu tun „um die Bevölkerung vor den Auswirkungen der Anlage zu schützen“.

Die wurden dann so hitzig diskutiert und von Zwischenrufen des Publikums begleitet, dass Bürgermeisterin Kerstin Ternes einen Gast des Saales verweisen musste. Dabei waren sich die Fraktionen im Grundsatz einig, den Bebauungsplan für das Heizwerk auch in seiner zweiten Fassung abzulehnen. Ebenso die Abholzung von weiteren drei Hektar Wald. Das passierte dann auch. Doch der Teufel liegt im Detail. So kann sich CDU-Fraktionschef Dietrich Krause den Bau des Werkes unter bestimmten Bedingungen durchaus vorstellen: Wenn die Anlagen tatsächlich auf den technischen Höchststand gebracht würden und wesentlich niedrigere Schadstoffgrenzwerte „rechtsverbindlich und Bestandteil des Verfahrens werden“. Krause beruft sich dabei auf Vorschläge des Kieler Toxikologen Dr. Hermann Kruse. Auf die stützt sich allerdings auch Günter Hutschalik (BIGW) und legt die Aussagen anders aus. Die Vorbelastung der Region sei bereits zu groß. Ein solches Heizwerk habe „hier nichts zu suchen“. Insgesamt kommt die Stadt nach ihrer Prüfung der Unterlagen erneut zu dem Ergebnis, dass die Pläne unzulänglich „und die Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung ungeklärt sind“, so Kerstin Ternes.

Das Thema wird den Rat auch in den kommenden Wochen weiter intensiv beschäftigen. Unter anderem bei der Diskussion um den Haushalt für 2009. Die hat am Montag ebenfalls begonnen. Dabei regte Günter Hutschalik (BIGW) an, vorsorglich Geld für drei Messstationen einzuplanen: „Die Leute müssen erfahren, welchen Belastungen sie ausgesetzt werden.“

Auch über die beschlossenen Stellungnahmen ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. So lenkte die Gemeinde Wachau überraschend ein und verlängerte die Frist dafür bis 26. November. Damit kann die Stadt doch noch gemeinsam mit Pulsnitz und Lichtenberg für ihre Beurteilung der Pläne auf ein umfangreiches Schadstoffgutachten zurückgreifen und sachkundiger argumentieren. Die Entscheidung über den Bauplan liegt aber beim Wachauer Rat. Der will am 3. Dezember dazu tagen. Großröhrsdorfer Ratsmitglieder bezweifeln, dass dieser Termin zu halten ist. Die Zeit sei zu knapp, um die Einwände der Nachbarkommunen ernsthaft begutachten zu können.